

Wochendienst
Auswahl aus den Mitteilungen
der vergangenen Woche

Nr. 15
vom 11. April 2008
Redaktion: Katja Richardt

Inneres

Ehrenamtliches Engagement – eine gesellschaftliche Notwendigkeit	2
Innensenator Udo Nagel unterzeichnet Kooperationsvereinbarung zur Verhinderung von Wirtschaftskriminalität	4
Hamburg schiebt Straftäter weiterhin konsequent ab	6

Wirtschaft und Arbeit

Auszeichnung des Hamburger Senats für erfolgreiche Teilnahme am Wettbewerb „Vielfalt als Chance – Kulturelle Vielfalt in der Ausbildung“	7
Aktionstag zur Berufsorientierung	9

Soziales und Familie

Weitere Kinderschutzfachkräfte fortgebildet	10
Winternotprogramm für obdachlose Menschen gut angenommen	11

Gesundheit

Weltgesundheitstag 2008	12
Mammografie-Screening-Programm startet auch in Hamburg	14

Umwelt

Oberverwaltungsgericht stoppt Wettlauf um Blauen Tonnen	19
---	----

Kultur

„Hermann und Milena Ebel-Preis“ erstmals verliehen	20
--	----

Zur Information

Terminkalender	23
----------------------	----

8. April 2008/bfi08

Ehrenamtliches Engagement – eine gesellschaftliche Notwendigkeit Innensenator Udo Nagel stellt Petasus-Stiftung vor

Im Rahmen der Landespressekonferenz hat Innensenator Udo Nagel heute die im November 2007 gegründete Petasus-Stiftung – freiwilliges Engagement im Bevölkerungsschutz – vorgestellt. Die Stiftung steht unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt.

Innensenator Udo Nagel: „Die Stärkung und Förderung des Ehrenamtes ist mir ein ganz persönliches Anliegen. Mein Dank gilt all den freiwilligen Helferinnen und Helfern, ohne die der hohe Standard des Bevölkerungsschutzes in Hamburg nicht gehalten werden könnte. Ich hoffe sehr, dass sich durch die Arbeit der Petasus-Stiftung noch mehr Menschen für das Gemeinwohl engagieren und wünsche der Stiftung viel Erfolg.“

Mit dem Senatsempfang am 10. April 2008 im Hamburger Rathaus fällt der offizielle Startschuss für die Stiftung.

Ziel der Stiftung ist laut Stiftungsvorstand Dr. Florian Asche, ebenfalls ehrenamtlicher Vorstand der Johanniter-Unfall-Hilfe Nord und Anwalt, „die Durchführung und Förderung von Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Sicherung des ehrenamtlichen Engagements im Bevölkerungsschutz führen. Nur so ist die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Katastrophenfall gewährleistet.“

Derzeit engagieren sich 22 Millionen Menschen in Deutschland ehrenamtlich in den verschiedensten Bereichen. Rund 1,7 Millionen von ihnen arbeiten freiwillig und ehrenamtlich in Organisationen des Bevölkerungsschutzes. „Die Anzahl der Mitglieder ist jedoch rückläufig. Zum einen liegt das an der demografischen Entwicklung, da wir einen wachsenden Anteil älterer Menschen gegenüber einer niedrigen Geburtenrate haben. Zum anderen hat sich unser Gesellschaftsbild dahin gehend verändert, dass sich die Menschen immer weniger binden wollen“, erklärt Gerhard Weisschnur, Geschäftsführer der Petasus-Stiftung. „Dem Rückgang wollen wir mit gezielten Maßnahmen entgegenwirken.“

Stiftungsgründer sind die Hamburger Landesverbände und -organisationen des Bevölkerungsschutzes. Hierzu gehören die Freiwilligen Feuerwehren, die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) sowie die humanitären Organisationen Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), Malteser Hilfsdienst (MHD), Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) und Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG). Die Stiftung unterstützt diese Organisationen bei der Mitgliederbindung und der Suche nach Nachwuchskräften.

Ehrenamtliches Engagement hat eine lange Tradition und ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Zivilgesellschaft. Neben den staatlichen Institutionen und Organisationen wie Polizei, Feuerwehr und Bundeswehr leisten die Bevölkerungsschutzorganisationen einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherung und Notfallversorgung in Deutschland. Vielen ist jedoch nicht bewusst, dass diese Organisationen nur existieren und funktionieren, weil sich Menschen neben ihrer Arbeit bürgerschaftlich engagieren. „Die ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen unseres Landes verdienen mehr Verständnis und Anerkennung“, sagt Dr. Florian Asche. „Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von ehrenamtlichem Engagement laufen jedoch leer, wenn es keinen Konsens zu den Grundwerten unserer Gesellschaft gibt.“

Aus diesem Grund verfolgt die Petasus-Stiftung auch eigene Projekte und Projekte Dritter, die ehrenamtliches Engagement als Grundwert vermitteln und Jugendhilfe und Bildung fördern. Das aktuellste Projekt ist die Umsetzung eines Kinderbuches: „Emil findet seinen Weg“. Es wurde in Zusammenarbeit mit der Max-Schmeling-Stiftung, dem DRK und dem THW entwickelt. Auf spielerische Weise sollen bereits Kinder in sehr jungen Jahren an das Thema Ehrenamt herangeführt werden.

Durch das starke Engagement der Dresdner Bank AG, der Eurogate AG und durch Lotteriemittel wurde das benötigte Kapital zur Stiftungsgründung und Durchführung von Projekten erbracht. Gemeinsam sollen jetzt weitere Stifter und Spender gewonnen werden. „Die Förderung des ehrenamtlichen Engagements ist nicht nur eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe für unsere Zukunftssicherung. Sie ist auch ein nicht zu unterschätzender Faktor für den Unternehmensstandort Deutschland“, erklärt Volker Korella, Direktor der Dresdner Bank in Hamburg, das Engagement seines Hauses.

Mehr zur Petasus-Stiftung erfahren Sie in der Stiftungsbroschüre oder auf www.petasus-stiftung.de.

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Reinhard Fallak, Tel. 428.39-2266
Ulrike Sweden, Tel. 428.39-2678

9. April 2008/Bf109

Innensenator Udo Nagel unterzeichnet Kooperationsvereinbarung zur Verhinderung von Wirtschaftskriminalität

Vertreter der Wirtschaft vereinbaren Kooperation mit der Freien und Hansestadt Hamburg

Senat und Wirtschaft haben eine Sicherheitspartnerschaft zur Verhinderung von Wirtschaftskriminalität vereinbart. Innensenator **Innensenator Udo Nagel unterzeichnet Kooperationsvereinbarung zur Verhinderung von Wirtschaftskriminalität** Udo Nagel und der Staatsrat in der Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Gunther Bonz, unterzeichneten die Vereinbarung für den Senat. Für die Wirtschaft unterzeichneten der Präses der Handelskammer, Dr. Karl-Joachim Dreyer, Peter Becker, Präsident der Handwerkskammer, Rolf Dau, Verband für Sicherheit in der Wirtschaft Norddeutschland, und Frau Gabriele Voltz, Verband Freier Berufe.

Anliegen der Kooperationsvereinbarung ist es, den Austausch von Informationen zu sicherheitsrelevanten Entwicklungen im Bereich der Wirtschaftskriminalität, der Wirtschaftsspionage, Korruption sowie zu allgemeinen Sicherheitsentwicklungen zu intensivieren. Vorgesehen sind beispielsweise gemeinsame Veranstaltungen, in denen Beteiligte aus Wirtschaft und Sicherheitsbehörden Erkenntnisse über Sicherheitsentwicklungen austauschen.

Innensenator Udo Nagel: „Die Kontakte zwischen der Wirtschaft und den Behörden bestehen bereits auf vielen Ebenen. Mit dieser Kooperationsvereinbarung wollen wir die Zusammenarbeit weiter intensivieren und einen noch besseren Informationsaustausch gewährleisten. Die Sicherheit der Wirtschaft, der Schutz vor Kriminalität aus wirtschaftlicher Betätigung aber auch gegen wirtschaftliche Betätigung ist uns ein wichtiges Anliegen. Kriminelle Aktionen schaden den Beschäftigten, den Unternehmen und schließlich auch der Stadt Hamburg. Dagegen gehen wir entschlossen vor.“

Der Präses der Handelskammer, Dr. Karl-Joachim Dreyer, betonte die gemeinsame Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft für die Sicherheit in Hamburg. Er wies dabei vor allem auf die schon bestehenden Projekte wie die Zusammenarbeit von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten, die Vertrauensstelle der Hamburger Wirtschaft zur

Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität und den Studiengang Sicherheits-Management an der Hochschule der Polizei Hamburg hin.

"Mit der heutigen Unterzeichnung der Kooperation gegen Wirtschaftskriminalität und Wirtschaftsspionage lassen wir uns daher gerne in die Pflicht nehmen, für die Sicherheit in unserer Stadt einzustehen", so Präses Dreyer für die Kooperationspartner von Seiten der Wirtschaft. Die heutige Vereinbarung sei vor allem ein geeignetes Dach zur Bündelung, Steuerung und besseren Vermarktung der schon laufenden Projekte sowie Anlass zur Vertiefung der Kooperationen.

Für Rückfragen:

Reinhard Fallak, Behörde für Inneres, Tel. 428.39-2266

Ulrike Sweden, Behörde für Inneres, Tel. 428.39-2678

11. April 2008 / bfi 11

13 Straftäter aus der Haft abgeschoben

Hamburg schiebt Straftäter weiterhin konsequent ab

Im ersten Quartal 2008 wurden 13 Männer aus der Strafhaft heraus in ihre Heimatländer abgeschoben. Fünf dieser Straftäter wurden in die Türkei zurückgeführt, zwei weitere nach Nigeria. Weitere Abschiebungen erfolgten nach Rumänien, Italien, Mazedonien, Portugal, Guinea und Afghanistan. Insgesamt wurden die Straftäter zu rund 49 Jahren Haft verurteilt, was einer durchschnittlichen Verurteilung von knapp vier Jahren Haft entspricht. Die entsprechenden Straftaten reichen von Urkundenfälschung über Körperverletzung bis hin zu Vergewaltigung.

Ein 27-jähriger Türke, der zu sechs Haftstrafen von insgesamt 6 Jahren und 7 Monaten Haft wegen Drogenhandels und Verstößen gegen das Ausländergesetz verurteilt worden war, wurde abgeschoben. Ein 28-jähriger Türke hatte eine Gesamtfreiheitsstrafe in Höhe von sieben Jahren und drei Monaten wegen Drogenhandels erhalten.

Die mit Abstand meisten Verurteilungen erfolgten wegen BTM-Delikten, außerdem Vergewaltigung und schwere Körperverletzung.

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Reinhard Fallak, Tel. 0 40 - 4 28 39 - 22 66, E-Mail: Reinhard.Fallak@bfi-a.hamburg.de

Fax: 0 40 – 4 28 39 - 27 97; Internet: www.innenbehoerde.hamburg.de

sowie:

Einwohner-Zentralamt

Christian Martens, Tel. 040 – 42839 - 21 21

E-Mail: pressestelle@bfi-e.hamburg.de

Internet: www.eza.hamburg.de

9. April 2008/Pa09

Auszeichnung des Hamburger Senats für erfolgreiche Teilnahme am Wettbewerb „Vielfalt als Chance – Kulturelle Vielfalt in der Ausbildung“

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, zeichnete am gestrigen Abend im Bundeskanzleramt in Berlin die Gewinner in vier Kategorien (Kleinst- und Kleinunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen, große Unternehmen und Öffentliche Verwaltung) des bundesweit erstmals durchgeführten Wettbewerbs "Kulturelle Vielfalt in der Ausbildung" aus. Dazu gehörte auch der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, der die Auszeichnung für sein Handlungskonzept zur Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in die Ausbildungen der hamburgischen Verwaltung erhielt.

In der Kategorie Öffentliche Verwaltung belegte Hamburg von 20 Teilnehmern den **dritten Platz**; der Leiter des Personalamtes, Herr Dr. Volker Bonorden, hat gemeinsam mit einer Delegation des Zentrums für Aus- und Fortbildung und zwei Nachwuchskräften mit russischem und türkischem Migrationshintergrund aus den Ausbildungsbereichen Justizverwaltung und Steuerverwaltung den Preis entgegengenommen.

Im Einstellungsjahr 2006 lag der Einstellungsanteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund noch bei 5,2 Prozent (16 von 306 Auszubildenden). Ein Jahr später konnte die Zahl für das Einstellungsjahr 2007 bereits verdoppelt werden und stieg auf 10,9 Prozent (39 von 357 Auszubildenden).

Der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, **Ole von Beust**: „Ich freue mich, dass die hamburgische Integrationspolitik auch im Bereich des öffentlichen Dienstes ihre Früchte trägt und unser Handlungskonzept durch die Auszeichnung bundesweite Anerkennung erfährt und zu den drei besten in Deutschland gehört. Für eine weltoffene und liberale Stadt wie Hamburg bedeutet kulturelle Vielfalt eine Bereicherung und große Chance. Sie ist Voraussetzung für gesellschaftliche Entwicklung und wirtschaftliche Prosperität. Der Staat trägt eine besondere gesellschaftliche Verantwortung, Menschen mit Migrationshintergrund stärker in unsere Gesellschaft und Jugendliche mit Migrationshintergrund stärker auch in die Ausbildungen des öffentlichen Dienstes zu integrieren. Ich wünsche mir, dass sich kulturelle Vielfalt gleichermaßen auch in der Mitarbeiterschaft des öffentlichen Dienstes widerspiegelt; Kompetenzen wie Mehrsprachigkeit oder Erfahrungen aus anderen Kulturkreisen sind überaus wertvoll und hilfreich im Kundengespräch wie auch in der fachlichen Aufgabenplanung.“

Die Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg mit ihren rund 63.500 Beschäftigten ist der größte Arbeitgeber und Dienstherr in Hamburg und bietet ein umfangreiches Ausbildungsangebot von jährlich rund 500 Ausbildungsplätzen in einer Vielzahl von Ausbildungen an. Unter der Dachkampagne „**Wir sind Hamburg! Bist Du dabei?**“ setzen die ausbildenden Behörden (Personalamt - Zentrum für Aus- und Fortbildung – (federführend), Justizbehörde, Behörde für Inneres, Finanzbehörde) das neue Ausbildungskonzept gemeinsam um.

Der Senat hatte im Oktober 2006 die Entwicklung der Kampagne mit dem Ziel beschlossen, in den Ausbildungen der hamburgischen Verwaltung (Beamtenausbildungen des mittleren und gehobenen Dienstes sowie vergleichbare Ausbildungen nach dem Berufsbildungsgesetz; Ausbildungsbereiche Allgemeine Verwaltung, Justizverwaltung, Strafvollzug, Polizei, Feuerwehr, Steuerverwaltung) den Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund bis zum Jahr 2011 auf einen Zielwert von 20 Prozent zu erhöhen.

Kernbereiche des Konzeptes sind:

- das Ausbildungsmarketing mit der gezielten Ansprache von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Öffentlichkeit und in den Medien bei Kooperation mit Eltern, Schulen, Qualifizierungsträgern, Migrantenorganisationen: auf die Kampagne zugeschnittene Flyer, auch mit fremdsprachlichem Zugang, zeigen Nachwuchskräfte mit und ohne Migrationshintergrund; sie enthalten kurze, einladende Informationen über die vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten und werden regelmäßig bei diversen Messen und Veranstaltungen verteilt. Stellenanzeigen werden auch in türkisch- und russischsprachigen Medien geschaltet.
- die kulturoffene Ausgestaltung der Bewerbungs- und Auswahlverfahren und Feststellung interkultureller Kompetenzen wie durch die Erweiterung des Eignungstests um einen Culture Fair Test sowie um Interkulturelle Wissensfragen. Hierdurch sollen Potenziale besser erschlossen und Chancengerechtigkeit unter Berücksichtigung kultureller Verschiedenartigkeit verwirklicht werden.

Weitere Informationen zum Wettbewerb im Internet: <http://www.vielfalt-als-chance.de>.

Rückfragen an:

Leiter des Personalamtes
Dr. Volker Bonorden

Tel: +49 (40) 42831 – 1506

Fax: +49 (40) 42831 - 2420

E-Mail: volker.bonorden@personalamt.hamburg.de

10. April 2008/bsg10

Aktionstag zur Berufsorientierung

Parallel zum „Girls’ Day“ findet am 24. April „Was für Jungs!“ statt

Durch ihre Teilnahme am „Girls’ Day“ interessieren sich immer mehr junge Frauen für technische Studiengänge oder einen Ausbildungsplatz im Handwerk. Um auch bei Jungen das Interesse an bislang eher untypischen Berufen für Männer zu wecken, findet in Hamburg parallel zum „Girls’ Day“ am 24. April 2008 das Projekt „Was für Jungs!“ statt. Zum fünften Mal in Folge haben junge Männer dann Gelegenheit, Berufe im sozialen Bereich hautnah mitzuerleben und kennenzulernen. Noch können sich Interessierte anmelden.

„Vor allem in der Pflege und in der Erziehung fehlen männliche Mitarbeiter. Das Projekt ‚Was für Jungs‘ ermöglicht Schülern, sich einen Eindruck von den Tätigkeiten in diesen wichtigen Bereichen zu verschaffen und zu erfahren, dass ihre Hilfe dort dankbar angenommen wird“, sagt Hamburgs Zweite Bürgermeisterin und Sozialsenatorin Birgit Schnieber-Jastram. „Möglicherweise entwickelt sich aus diesem Aktionstag bei dem einen oder anderen Teilnehmer eine ganz neue berufliche Perspektive, für die durch ‚Was für Jungs‘ die ersten Kontakte geknüpft werden können“, so Bürgermeisterin Schnieber-Jastram weiter.

Im vergangenen Jahr standen im Rahmen des von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz veranstalteten Aktionstages 475 Erkundungsplätze für Jungen zur Verfügung. Einen aktuellen Überblick über die Erkundungsplätze von „Was für Jungs! 2008“ in Kitas, Grundschulen, Pflegeeinrichtungen und sozialen Einrichtungen sowie über Mitmach-Aktionen wie den „Haushaltsführerschein“ oder einen Babysitter-Kursus gibt es unter www.wasfuerjungs.de im Internet.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

Internet: www.bsg.hamburg.de

07. April 2008/bsg07

Weitere Kinderschutzfachkräfte fortgebildet

Insgesamt wurden bisher 365 Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit zertifiziert

Mit Abschluss des zweiten Fortbildungskurses zu fachlichen und rechtlichen Fragen des Kinderschutzes haben weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freier und öffentlicher Träger der Hamburger Jugendhilfe das bundesweit anerkannte Zertifikat „Kinderschutzfachkraft“ erhalten. Damit haben seit 2006 insgesamt mehr als 400 Fachkräfte aus Hamburg an dem Qualifizierungsprogramm teilgenommen, von denen 365 das Zertifikat erworben haben. Hamburg hat damit eine bundesweite Spitzenstellung erreicht.

Die erste sowie die zweite jetzt abgeschlossene Fortbildungsmaßnahme wurde durch das Institut für Soziale Arbeit (ISA) Münster in Zusammenarbeit mit der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz konzipiert und durchgeführt. Sie richtet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Bereichen Kindertagesbetreuung, Familienförderung, offene Kinder- und Jugendarbeit sowie dem Allgemeinen Sozialen Dienst in den Bezirken. Die Kinderschutzfachkräfte werden aktiv, wenn im Falle einer Kindeswohlgefährdung die Lebenssituation betroffener Kinder und ihrer Familien im Hinblick auf das weitere Handeln der Jugendhilfe fachlich und rechtlich zu bewerten ist, um bei Bedarf geeignete Maßnahmen einzuleiten. Bundesweit haben bisher 1.000 Fachkräfte das Zertifikat „Kinderschutzfachkraft“ vom Institut für Soziale Arbeit Münster erhalten. Mit 365 zertifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kommen die meisten aus Hamburg.

Die Fortbildung zur Kinderschutzfachkraft ist ein Baustein des Handlungskonzeptes „Hamburg schützt seine Kinder“ und wird von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz finanziert. Eine Fortbildungsmaßnahme von weiteren Fachkräften soll noch in diesem Frühjahr/Sommer beginnen.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Jasmin Eisenhut
Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de
Internet: www.bsg.hamburg.de

9. April 2008/bsg09

Winternotprogramm für obdachlose Menschen gut angenommen

121 Personen konnten in eine feste Bleibe vermittelt werden

Nach Beendigung des Winternotprogramms für obdachlose Menschen kann eine positive Bilanz gezogen werden: Die von 1. November 2007 bis 7. April 2008 zur Verfügung stehenden rund 200 zusätzlichen Schlafplätze für obdachlose Menschen sind auch im vergangenen Winter gut angenommen worden. Bürgermeisterin und Sozialsenatorin Birgit Schnieber-Jastram: „In Hamburg musste auch im vergangenen Winter niemand auf der Straße übernachten. Im Rahmen des Winternotprogramms standen ausreichend Schlafplätze zur Verfügung. Parallel fand in den Unterkünften Beratung statt, um die Menschen zu unterstützen, ihre schwierige Lebenssituation zu überwinden. Ganz besonders freut mich, dass es dabei gelungen ist, 121 Männer und Frauen in eine feste Bleibe zu vermitteln.“

Die 89 Schlafplätze in Wohncontainern bei Kirchengemeinden waren durchschnittlich zu 98 Prozent ausgelastet, die 100 Schlafplätze in der Wohnunterkunft Sportallee zu 77 Prozent. Die 15 Einzelzimmer im Pik As waren zu fast 100 Prozent belegt. Zusätzliche Schlafplätze, die bei Bedarf zur Verfügung gestellt worden wären, waren nicht erforderlich. Aufgrund der niedrigen Temperaturen Ende März war das Winternotprogramm, welches ursprünglich bis 31. März 2008 angesetzt war, allerdings um eine Woche - bis 7. April 2008 – verlängert worden.

Den gesamten Zeitraum über hat ein Pendelbus obdachlose Menschen von der Bahnhofsmision am Hamburger Hauptbahnhof in die Wohnunterkunft Sportallee gebracht. Insgesamt 1.807 Personen haben das tägliche, kostenlose Angebot in Anspruch genommen.

Neben Schlafplätzen bieten die Unterkünfte, die am Winternotprogramm teilnehmen, auch individuelle Beratung und Vermittlung in Wohnraum an. 121 Menschen kehrten in der Folge nicht in die Obdachlosigkeit zurück, sondern zogen in eine Wohnunterkunft (46 Personen), in eine eigene Wohnung (45 Personen), in ein Wohnprojekt, eine Therapieeinrichtung oder sie kehrten in ihre Familie zurück (insgesamt 30 Personen).

Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz hat das Winternotprogramm mit rund 400.000 Euro finanziert.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Jasmin Eisenhut, Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

Internet: www.bsg.hamburg.de

7. April 2008/bsg07a

Weltgesundheitstag 2008

Klimaschutz ist Gesundheitsschutz

Der diesjährige Weltgesundheitstag der World Health Organization" (WHO) steht unter dem Motto „Vom Seuchenschutz bis zum Klimawandel – 60 Jahre WHO“. Damit steht dieser Weltgesundheitstag im Zeichen des globalen Klimawandels und seiner Auswirkungen auf die Gesundheit. Gleichzeitig wird an diesem Weltgesundheitstag an die Gründung der Weltgesundheitsorganisation vor gut 60 Jahren erinnert.

Zahlreiche Umweltprobleme gehen heute mit Klimawandel und globaler Erwärmung einher und bedrohen die Gesundheit der Weltbevölkerung. Durch den globalen Klimawandel wird ein weiteres Ansteigen der hitzebedingten Herz-Kreislaufkrankungen, der schadstoffbedingten Erkrankungsfälle wie Allergien sowie der Infektionskrankheiten befürchtet. So können Lebensmittelinfektionen oder Infektionen durch Vektoren (z. B. Mücken) steigen. Ebenso wird durch die globale Erwärmung eine Artenzunahme durch Einschleppung bzw. Ausbreitung fremder/exotischer Arten inkl. Vektoren/Schädlingen nach Deutschland möglich, die gleichzeitig heimische Arten verdrängen und somit zu einem veränderten Krankheitsspektrum führen können.

„Die hohen Ziele der WHO sind auch rund 60 Jahre nach ihrer Gründung weiter ein wichtiger Kompass für unser Handeln“, betont **Hamburgs Zweite Bürgermeisterin und Gesundheitssenatorin Birgit Schnieber-Jastram**. „Angesichts des Klimawandels mit seinen deutlichen Auswirkungen wird eine neue Bedrohung für die Gesundheit offenbar. Klimaschutz ist deshalb auch Gesundheitsschutz.“

Der Leitsatz *think globally, act locally* (denke global und handle lokal) gibt die richtige Devise vor: Auch in Hamburg muss gehandelt werden. Deshalb hat der Senat ein bundesweit hoch anerkanntes Klimaschutzkonzept beschlossen. Dazu gehören z.B. regelmäßige Klimaschutztage an allen Hamburger Schulen sowie die Beratung von Bürgerinnen und Bürgern zu einem klimafreundlichen und energiesparendem Verhalten.

Hintergrund WHO:

Im Jahre 1946 wurde in New York die Verfassung der neuen "World Health Organization" (WHO) ausgearbeitet und am 07. April 1948 trat sie nach Ratifizierung durch die ersten 26 Länder in Kraft.

In der Präambel dieser Verfassung wurde der generelle Auftrag der WHO formuliert:

"Der höchste erreichbare Gesundheitszustand ist eines der fundamentalsten Rechte jedes Menschen, ohne Ansehen seiner Rasse, Religion oder politischen Überzeugung sowie seiner wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Die Gesundheit aller Menschen ist die Voraussetzung für Frieden und Sicherheit und hängt weitgehend ab vom uneingeschränkten Zusammenwirken der Menschen untereinander und der Staaten miteinander."

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.bsg.hamburg.de

9. April 2008/bsg09a

Mammografie-Screening-Programm startet auch in Hamburg

Bürgermeisterin Schnieber-Jastram ruft zur kostenlosen Teilnahme auf

Am 15. April startet Hamburg mit dem bundesweiten Programm zur Früherkennung von Brustkrebs über das Mammographie-Screening. Frauen im Alter zwischen 50 und 69 Jahren werden alle zwei Jahre mit einem persönlichen Schreiben zur Untersuchung eingeladen. In diesem Zeitraum werden in der Hansestadt Hamburg 212.000 anspruchsberechtigte Frauen für das Mammographie-Screening angeschrieben – pro Jahr können demnach 106.000 Frauen die Vorteile dieses neuen Gesundheitsangebotes nutzen. Die Teilnahme am Programm ist freiwillig.

„Eine gesunde Lebensweise und die Bereitschaft, an Gesundheitschecks und Früherkennungsuntersuchungen teilzunehmen, sind wichtige Voraussetzungen für die persönliche Gesundheit. Für die meisten Krebsarten gilt: Je früher der Tumor erkannt wird, desto größer sind die Heilungschancen. Dies gilt besonders auch für Krebserkrankungen der Brust“, erklärte Hamburgs Zweite Bürgermeisterin und Gesundheitssenatorin **Birgit Schnieber-Jastram** anlässlich einer Pressekonferenz zum Start des Projektes. „Ich finde es wichtig, dass möglichst viele Frauen diese Chance zur Früherkennung von Brustkrebs nutzen und empfehle den betroffenen Frauen, sich gründlich zu informieren und das Angebot zu nutzen.“

Ziel des neuen Angebotes ist es, die Sterblichkeitsrate an Brustkrebs zu senken. Jährlich erkranken in Deutschland 55.000 Frauen an dieser Krankheit. Etwa 80 Prozent der Frauen, bei denen ein Mammakarzinom entdeckt wird, sind über 50 Jahre alt. Studien aus dem Ausland zeigen, dass durch das Screening-Programm die Brustkrebsmortalität um rund 30 Prozent in der Altersgruppe 50 bis 69 gesenkt werden kann, weil auch bereits kleine Tumore entdeckt werden können. Die Überlebensrate fünf Jahre nach der Diagnose liegt bei kleinen Tumoren bei mehr als 90 Prozent.

In Hamburg wurden für das vom Deutschen Bundestag flächendeckend aufgelegte Mammographie-Screening neue Praxisräume in der Mönckebergstraße 11 eingerichtet. Dieser Standort in City-Lage wurde von den vier programmverantwortlichen Ärzten wegen der guten Verkehrsanbindung ausgewählt. Mit dem Zusammenschluss dieser erfahrenen Spezialisten verfügt Hamburg als regionale Besonderheit über ein interdisziplinäres Team von Radiologen und einer Gynäkologin, die ihre Kompetenzen bündeln und Synergieeffekte nutzen wollen. Das Mammographie-Screening-Zentrum wird von den programmverantwortlichen Ärzten Dr. Eva-Maria Baumgartner, Dr. Jutta Lübbering-Schmidt (beide aus der Praxis für Mammadiagnostik), Dr. René Rückner (Röntgenpraxis Speersort) und Dr. Maria Schofer (Röntgenzentrum Hamburg, Schäferkampsallee) gemeinsam geleitet.

„160.000 Tage verbringen unsere weiblichen BKK-Versicherten im Jahr wegen Brustkrebs im Krankenhaus und 600.000 Tage sind die Frauen krank geschrieben. Viele dieser für Frauen sehr belastenden Tage sind vermeidbar!“, betonte **Claudia Korf**, Vorstand BKK – Landesverband NORD. Es sei deshalb im Sinne der Krankenkassen, zur Senkung von Brustkrebserkrankungen die Kosten für das Mammographie-Screening zu übernehmen. „Vorsorge ist in jeder Hinsicht besser als Heilung“, so Korf.

Günter Ploß, Leiter der Landesvertretung Hamburg der Ersatzkassenverbände verwies auf die hohen Qualitätsanforderungen und die Qualifikation, die von den Leistungserbringern erbracht werden müssen. „Für die Ersatzkassen in Hamburg, die etwa 48 Prozent aller Hamburgerinnen versichern, ist diese qualitative Verbesserung und die Verbreiterung des Zuganges für alle Frauen zu dieser Früherkennungsmaßnahme ein großes Anliegen. Für das Screening-Programm stellen die Krankenkassen jährlich 3,5 bis 6,5 Millionen Euro je nach Beteiligung der Frauen zur Verfügung.“

Nach Ansicht von **Dieter Bollmann**, dem Vorsitzenden des Vorstands der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg, wird insbesondere von Bedeutung sein, dass möglichst viele Frauen das Angebot in Hamburg nutzen: „Die medizinische Wissenschaft hat heute gute therapeutische Möglichkeiten, wenn eine Krebserkrankung in einem möglichst frühen Stadium erkannt wird. Die direkte Einladung an alle Frauen in der Altersgruppe zwischen 55 und 69 Jahren gibt Hoffnung, dass durch eine gute Beteiligung an der Reihenuntersuchung Brustkrebserkrankungen früher entdeckt und damit die Heilungschancen deutlich verbessert werden.“

Das Einladungsmanagement

Alle anspruchsberechtigten Frauen zwischen 50 und 69 Jahren werden über die neu geschaffene „Zentrale Stelle“ in Bremen mit einem persönlichen Schreiben eingeladen. Diese Stelle ist an die zentrale Meldebehörde in Hamburg angeschlossen. Der Brief enthält eine Informations-Broschüre und einen Terminvorschlag für das Mammographie-Screening in der Mönckebergstraße 11. „Die Frauen werden gebeten, uns den Namen ihres behandelnden Arztes anzugeben, damit er in Diagnostik und Therapie seiner Patientin eingebunden bleibt. Dieser Informationsaustausch ist uns sehr wichtig“, betont die programmverantwortliche Ärztin **Dr. Eva-Maria Baumgartner**. „Sollte der Untersuchungstermin nicht passen, kann über einen Anruf bei der Zentralen Stelle ein Ausweichtermin angefragt werden.“

Die Einladungen erfolgen stadtteilbezogen – aus **Harburg** kommen die ersten Frauen (28.719 anspruchsberechtigte Frauen), die ab dem 15. April bis Ende 22.Juli zur Früherkennung geladen werden. Danach folgen

Bergedorf (14.281, bis 5. September)

Hamburg-Mitte (21.881, bis 21. November)

Altona (28.281, bis 10. März 09)

Wandsbek (54.777, bis 24. September 09)

Eimsbüttel (31.585, bis 19. Januar 10)

und Nord (32.476, bis 30. April 10).

Die Untersuchung in der Praxis

Das Mammographie-Screening-Zentrum verfügt auf 560 Quadratmetern Fläche über modernste apparative Ausstattung, wie sie den Europäischen Leitlinien entspricht. Ein Zertifizierungsprogramm und laufende Kontrollen durch übergeordnete Einrichtungen von Geräten und Ärzten sorgen dafür, dass die hohen Qualitätsanforderungen dieser Screening-Einheit erfüllt werden. Drei digitale Vollfeldgeräte stehen beginnend für das Röntgenprogramm zur Verfügung. Durch eine reduzierte Strahlendosis werden die Brüste schonend untersucht. In der Startphase des Projektes sorgen bereits 15 Fachkräfte in der Praxis für einen reibungslosen Ablauf. „Die Aufnahmen werden von zwei Ärzten unabhängig voneinander beurteilt. Beide Spezialisten müssen jeweils Aufnahmen von mindestens 5000 Frauen jährlich befunden. Dieser Anspruch an Qualität und Quantität und die Doppelbefundung bietet Frauen maximale Sicherheit und wir erhöhen die Sensitivität und Spezifität des Mammographie-Screenings“, erklärt **Dr. Jutta Lübbering-Schmidt**. Die

Röntgenuntersuchung dauert nur wenige Minuten. Spätestens sieben Tage nach dem Termin erhält die untersuchte Frau ein Schreiben mit dem Untersuchungsergebnis.

Auffälliger oder diskrepanter Befund

Ergeben die von den beiden Ärzten unabhängig voneinander bewerteten Röntgenaufnahmen einer Frau eine Auffälligkeit oder einen diskrepanten Befund, wird der Fall auf einer Konsensuskonferenz mit dem programmverantwortlichen Arzt besprochen und festgelegt, ob eine weitere Abklärungsdiagnostik durch Sonografie, Tastuntersuchung oder ergänzende Röntgenaufnahmen notwendig ist. Diese kurzfristig angeschlossene Untersuchung beinhaltet immer zunächst das aufklärende Gespräch mit der betreffenden Frau. „Bisherige Erfahrungen zeigen, dass sich bei etwa 80 Prozent der Frauen, die zur Abklärungsdiagnostik einbestellt werden, der Brustkrebsverdacht nicht bestätigt. Besteht jedoch weiterhin ein Tumorverdacht, erfolgt eine schonende Gewebeentnahme im minimalinvasiven Verfahren unter örtlicher Betäubung“, so die programmverantwortliche Ärztin **Dr. Maria Schofer**.

Jeder Befund mit feingeweblicher Untersuchung wird in einer Fallkonferenz beurteilt, an der ein Pathologe und ein programmverantwortlicher Arzt verpflichtend teilnehmen. Die Beratung gemeinsam mit Ärzten aus kooperierenden Brustkrebszentren und dem Facharzt, der die Patientin am Wohnort betreut, ist erwünscht, um eine optimale Therapie festlegen zu können. Die Patientin erhält in der Regel innerhalb von 48 Stunden nach der Gewebeentnahme die Information, ob der Tumor bös- oder gutartig ist.

Das Ziel des Mammographie-Screenings

Mit dem Programm soll die Qualität der Früherkennung von Brusttumoren verbessert und die Sterblichkeitsrate durch eine gezielte Kontrolle gesenkt werden. Deshalb zielt das Mammographie-Screening darauf ab, Tumore zu entdecken, wenn sie noch klein sind. „Wenn das Mammakarzinom in einem frühen Stadium entdeckt wird, sind die Heilungschancen sehr hoch. 80 Prozent der Frauen überleben heute einen Brustkrebs. Wir wollen den Frauen mit unserem Angebot auch die Angst nehmen. Brustkrebs ist kein lebenslanger Makel“, erklärt der programmverantwortliche Arzt **Dr. René Rückner**. Auf der Basis bereits ausgewerteter Daten anderer Screening-Einheiten im In- und Ausland wird davon ausgegangen, dass in Hamburg im ersten Untersuchungsintervall bei 1.000 Frauen acht bis zehn Mammakarzinome entdeckt werden. Die Qualität des Programms wird durch eine regelmäßige Auswertung von Hilfsparametern wie Tumorstadium und Entdeckungsrate

weiter optimiert, um Sensitivität und Spezifität im Sinne einer verbesserten Brustkrebsfrüherkennung zu fördern. Alle Schritte des Screening-Programms unterliegen der Dokumentationspflicht. Histologisch abgeklärte Karzinome werden durch den Pathologen an das Krebsregister gemeldet. Dies ermöglicht einen Datenabgleich und macht die Entdeckungsrate von Karzinomen durch das Screening-Programm transparent.

Mehr Informationen:

Im Internet: www.mammascreening-hamburg.de

Telefon: 040/4711 002 50 (Zentrale Stelle in Bremen)

Mail: info@mammascreening-hamburg.de

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an die programmverantwortlichen Ärzte:

Dr. Eva-Maria Baumgartner, Telefon (040) 42932618

Dr. Jutta Lübbering-Schmidt, Telefon (040) 42932618

Dr. René Rückner, Telefon (040) 32555225

Dr. Maria Schofer, Telefon (040) 41477023

Praxismanagerin im Zentrum: Susanne Hintze, Telefon (040) 4711002-10

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.bsg.hamburg.de

08.04.2008/bsu08

Oberverwaltungsgericht stoppt Wettlauf um Blauen Tonnen

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Hamburg gab heute einer Beschwerde der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt statt. Damit bleibt es vorläufig – bis zu einer ersten inhaltlichen Entscheidung des Verwaltungsgerichts – dabei, dass das Entsorgungsunternehmen Remondis keine Blauen Tonnen in Hamburg aufstellen und Altpapier einsammeln darf. Im Gegenzug hat sich auch die Stadtreinigung Hamburg verpflichtet, bis zu einer ersten Entscheidung in der Sache ebenfalls keine weiteren Blauen Tonnen auszuliefern.

Die Umweltbehörde begrüßt die Entscheidung des höchsten Hamburgischen Verwaltungsgerichts. Die für die Bürgerinnen und Bürger verwirrende Situation in den letzten Tagen ist damit vorerst gestoppt, und es wird Zeit für eine gerichtliche Klärung gewonnen.

Für die Kunden der Stadtreinigung Hamburg bedeutet der Beschluss des OVG, dass auch bereits bestellte Blaue Papiertonnen der Stadtreinigung Hamburg zunächst nicht angeliefert und aufgestellt werden dürfen. Nicht betroffen sind Kunden, bei denen bereits eine Blaue Papiertonne der Stadtreinigung Hamburg aufgestellt ist. Diese Blauen Papiertonnen der Stadtreinigung Hamburg werden wie geplant und angekündigt geleert.

Neben der Stadtreinigung und Remondis haben auch andere private Entsorgungsunternehmen angekündigt, in Hamburg eigene Blaue Tonnen aufstellen zu wollen. Die Umweltbehörde wird aus Gründen der Gleichbehandlung auch solche Vorhaben untersagen. Die Entscheidung des OVG gilt für Parallelfälle nicht unmittelbar, dürfte aber Signalwirkung haben.

Hintergrund:

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt hatte Remondis am Montag vergangener Woche die Aufstellung Blauer Tonnen untersagt. Auf Antrag von Remondis hatte das Verwaltungsgericht Hamburg am Donnerstag zunächst den Vollzug dieser Untersagungsverfügung gestoppt. Diese Entscheidung hat das Oberverwaltungsgericht Hamburg auf die Beschwerde der Umweltbehörde hin jetzt aufgehoben. Eine Bewertung der umstrittenen Rechtsfragen haben beide Gerichte bisher noch nicht vorgenommen.

Kontakte:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,

Timo Friedrichs, Tel.: 040 - 428 40-3063, E-Mail: timo.friedrichs@bsu.hamburg.de

Stadtreinigung Hamburg, Reinhard Fiedler, Tel.: 040 - 25 76-1010, E-Mail: r.fiedler@srhh.de

++++ Bitte Sperrfrist beachten: 20.00 Uhr +++++

10. April 2008/kb10

„Hermann und Milena Ebel-Preis“ erstmals verliehen Stipendien für Studierende der Hamburger Musikhochschule

Am 10. April 2008 wurde zum ersten Mal der „Hermann und Milena Ebel-Preis“ durch das Ehepaar Ebel im Forum der Hochschule für Musik und Theater verliehen. Hochschulpräsident Prof. Elmar Lampson bedankte sich bei dem Ehepaar Ebel für die innovative Förderung des künstlerischen Nachwuchses: „Das besondere Profil der mit 30.000 Euro dotierten Förderung der Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel besteht darin, dass eine herausragende Solistenpersönlichkeit ausgezeichnet wird, und darüber hinaus fünf Stipendien an besonders begabte Studierende vergeben werden, die ihre berufliche Perspektive im Orchester sehen.“

Als herausragende Nachwuchsinterpreten erhielt Delphine Lizé den mit 10.000 Euro dotierten Hermann und Milena Ebel-Preis. Darüber hinaus wird sie als Solistin in einem Konzert mit den Hamburger Symphonikern auftreten. Sie wurde von einer Jury aus allen Klavier-Hauptfachlehrern der Hochschule benannt. Eine übergreifende Kommission unter Leitung des Dekans Prof. Schwenk ermittelte die fünf Stipendiaten: Stipendien von jeweils 4000 Euro wurden an Weronika Godlewska (Violine), Mischa Pfeiffer (Bratsche), Aleksej Shparky (Posaune), Sietske van Wieren (Horn) und Yin Yi (Flöte) vergeben, die es den Stipendiaten ermöglichen, Orchestererfahrungen bei den Hamburger Symphonikern in einem Projekt zu sammeln.

Hermann Ebel, geb. 1949, gehört seit Januar 2008 dem 5köpfigen Hochschulrat der Hochschule an. Er ist Vorstandsvorsitzender der HANSA TREUHAND Holding AG und geschäftsführender Gesellschafter der zur Firmengruppe gehörenden operativen Gesellschaften. Er gründete die Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel zusammen mit seiner Frau.

Milena Ebel ist Vorstandsvorsitzende der Stiftung Maritim. Sie koordiniert deren zahlreiche Aktivitäten auf kulturellen und sozialen Gebieten. Milena Ebel ist in Kroatien geboren und lebt seit über 30 Jahren in Hamburg. Das Ehepaar hat drei erwachsene Kinder, die dem Kuratorium der Stiftung angehören. Das Projekt „Kultur bewegt“, das gemeinsam mit der

Kultursenatorin Prof. Dr. Karin v. Welck ins Leben gerufen wurde, geht ebenfalls auf Milena Ebels Initiative zurück. Neben weiteren Projekten in der Hansestadt hat die Stiftung hierfür einen Förderbetrag von 500.000 Euro bereitgestellt.

Die französische Pianistin Delphine Lizé gehört heute zu den meist gefragten Nachwuchspianisten Frankreichs. Im Alter von sieben Jahren erhielt sie ihren ersten Klavierunterricht und begann mit 14 Jahren ein Studium am Staatlichen Konservatorium in Paris. 1995 wurde Delphine Lizé vom französischen Fernsehen als eines der größten musikalischen Nachwuchstalente ausgewählt und spielte im Rahmen der "Sympho-new" mit dem Symphonieorchester Cannes. Im Herbst 2005 trat sie in der NDR Kultur Veranstaltungsreihe "Start - Junge Künstler live" auf. Anfang 2006 gewann sie den ersten Preis des Steinway-Wettbewerbs und veröffentlichte ihre erste CD mit Werken von Robert Schumann. Ihr Konzertexamen an der Hochschule für Musik und Theater Hamburg absolvierte sie 2007 bei Prof. Gruzman.

Die polnische Geigerin Weronika Godlewska (1983 in Bialystok (Polen) geboren) studierte u. a. an der Chapelle Musicale Reine Elisabeth in Belgien. Seit 2005 wird sie von Prof. Kolja Blacher an der Hamburger Musikhochschule unterrichtet und studiert nun mit dem Ziel des Konzertexamens. Sie ist Preisträgerin zahlreicher Wettbewerbe in Polen, Belgien, Frankreich und des Elise-Meyer Wettbewerbs (Hamburg) und trat bereits als Solistin mit polnischen, norwegischen und belgischen Orchestern auf. Sie spielte in der NDR Kultur Veranstaltungsreihe "Start - Junge Künstler live" und erhielt den Masefield-Preis.

Mischa Pfeiffer (1985 in Schwäbisch-Hall geboren) studierte als Jungstudent an der Stuttgarter Musikhochschule. Nach dem Abitur begann er zunächst an der Universität Hildesheim Kulturwissenschaften zu studieren, bevor er im Wintersemester 2005/2006 sein Bratschenstudium an der Hochschule für Musik und Theater Hamburg bei Prof. Thomas Selditz aufnahm. Konzerttourneen mit dem Tübinger Kammerorchester führten ihn nach Südostasien. Dort fanden in Zusammenarbeit mit dem Goetheinstitut Workshops mit Orchestern aus Vietnam und Thailand statt. Er absolvierte Meisterkurse bei Christoph Wynecken, Roland Glassl und Tatjana Masurenko.

Der junge Ukrainer Andriy Shparkiy (geb. 1983) studierte zunächst Geige und Klavier, bevor er sich der Posaune zuwandte. Zurzeit studiert er in Hamburg im Masterstudiengang Posaune bei Professor Stefan Geiger. Er gewann zahlreiche ukrainische Wettbewerbe und war von 2004-2007 Posaunist beim Odessischen National Philharmonischen Orchester.

Die 1982 geborene Holländerin Sietske van Wieren studierte Horn zunächst am Noord Nederlands Conservatorium (NNC), Groningen, seit 2005 wird sie in Hamburg von Prof. Ab Koster unterrichtet. Sie verfügt bereits über beträchtliche Orchestererfahrung, spielt in Kammermusik-ensembles und nahm an mehreren Meisterkursen teil.

Yin Yi (1990 in China geboren) spielte bereits mit 4 Jahren Klavier, mit 9 Jahren begann sie mit dem Flötenspiel. Von 2002 bis 2007 erhielt sie an der Shanghai Musikschule Unterricht, seit Oktober 2007 studiert sie an der Hamburger Hochschule für Musik und Theater in der Klasse von Prof. Moshe Aron Epstein.

Für Rückfragen:

Gabriele Bastians
Öffentlichkeitsarbeit Hochschule für Musik und Theater Hamburg
040 – 428 48 2587

oder

Björn Marzahn
Pressesprecher der Kulturbehörde
040 – 428 24 207
www.kulturbehoerde.hamburg.de

Terminkalender

Vom 14. April bis 20. April 2008

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 14.04.2008

- 14:00** Hotel Böttcherhof, Wöhlerstraße 2
Senator Axel Gedaschko hält ein Grußwort anlässlich der **Veranstaltung „Genossenschaften im Gespräch“ des Arbeitskreises Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften e.V.**
- 15:00** Rathaus, Laube
Staatsrat Reinhard Stuth empfängt den **Generalkonsul Frankreichs, Jean-Pierre Tutin.**
- 17:30** Rathaus, Kaisersaal
Staatsrat Dr. Michael Voges spricht anlässlich der Eröffnung der **Informationsveranstaltung für Unternehmensvertreter zum Thema „Integration junger Migrantinnen und Migranten in Ausbildung und Arbeit“.**
- 18:30** Goethe-Institut, Hühnerposten
Staatsrat Reinhard Stuth nimmt als Podiumsgast zusammen mit **Hans-Ulrich Klose MdB teil an der Diskussion zum Thema „Russland und der Westen – nach den Wahlen“**, zu der das Goethe-Institut e.V. Hamburg und die Deutsch-Russische Gesellschaft in Hamburg e.V. einladen.
- 20:00** Jarrestraße 20, Restaurant CASINO auf Kampnagel
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält anlässlich der **Fundraising-Kampagne „Wir sammeln Sonnenschein“** ein Grußwort anlässlich der Dachsanierung mit einer Solaranlage für Kampnagel.

Dienstag, den 15.04.2008

- 10:00** Stadthalle Mülheim / Ruhr, Theodor-Heuss-Platz 1, 45479 Mülheim
Senator Udo Nagel besucht die **10. Oberhausener Sicherheitskonferenz** und hält eine Rede.
- 11:30** Hotel Le Royal Meridien
Senator Axel Gedaschko spricht anlässlich der **Konferenz „Immobilienstandort Hamburg“.**
- 17:00** Rathaus, Hamburg
Senator Carsten Lüdemann gibt einen Senatsempfang aus Anlass des **150-jährigen Jubiläums des Hamburger Büros von White & Case.**
Senatorin Alexandra Dinges-Dierig nimmt teil.

17:30 Finanzbehörde, Leo-Lippmann-Saal
Staatsrat Reinhard Stuth spricht anlässlich der **Informationsveranstaltung für die Veranstalter der diesjährigen CHINA TIME.**

Mittwoch, den 16.04.2008

10:00 Max-Brauer-Allee 152
Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram eröffnet ein **neues AIDS-Beratungszentrums.**

11:00 Rathaus, Bürgermeistersaal / Rathausdiele
Staatsrat Dr. Detlef Gottschalck gibt einen Senatsempfang anlässlich der Eröffnung der **Fotoausstellung „Unter den Ostseewellen-Unterwasseraufnahmen“ des finnischen Künstlers Jukka Nurminen** mit anschließender Besichtigung der Ausstellung.

14:00 Rathaus
Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram spricht mit **einer Schülergruppe des Hanna-Arendt-Gymnasiums aus Hassloch über die Themen Integration und Nichtraucherschutz.**

18:30 Hotel Esplanade Bad Saarow, Seestraße 49, 15526 Bad Saarow
Senator Udo Nagel und Staatsrat Christoph Ahlhaus nehmen vom **16.04.-18.04.2008 an der Innenministerkonferenz in Brandenburg** teil.

19:00 Color Line Arena, Sylvesterallee 10, 22525 Hamburg
Senatorin Alexandra Dinges-Dierig besucht das Spiel des **HSV Handball gegen den THW Kiel.**

19:00 Berlin, Landesvertretung
Staatsrat Reinhard Stuth hält ein Grußwort anlässlich des **„Literarisch-musikalischen Intermezzos“ mit Jasmin Böttger und Christian Quadflieg.**

19:00 Schulauer Fährhaus, Wedel
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck ist Gast der Sendung **„DAS! rote Sofa“** zum Thema **„Elbphilharmonie“.**

Donnerstag, den 17.04.2008

08:00 Brüssel
Senator Axel Gedaschko nimmt teil an der **Verkehrsministerkonferenz.**

09:30 Hotel Grand Elysée, Rothenbaumchaussee 10, 20148 Hamburg
Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung des 1. EID-Kraftstoff-Forums in Hamburg.**

10:30 Atlantic Hotel Sail City, Am Strom 1, Bremerhaven
Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram nimmt teil an der **Konferenz der norddeutschen Regierungschefs.**

11:00 Baumarkt Max Bahr, Kieler Str. 499, 22525 Hamburg
Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach übergibt **einen Preis an die Preisträger des Monats April des Hamburger Klimaschutzwettbewerbs 2008.**

- 14:00** Rathaus, Raum I
Staatsrat Reinhard Stuth trifft die **Vorstandsmitglieder des Malaysian Timber Certification Council.**
- 18:00** Auf der „Cap San Diego“, Überseebrücke
Staatsrat Dr. Stefan Schulz nimmt teil am **1. Sicherheitsstammtisch 2008 des Verbandes für Sicherheit in der Wirtschaft Norddeutschland e. V.**
- 18:00** Deichtorhallen, Haus der Photographie
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck eröffnet die **Ausstellung Peter Fischli/David Weiss „Fragen und Blumen – Eine Retrospektive“** mit einem Grußwort.
- 19:00** Rauhes Haus, Wichern-Saal, Horner Weg 190
Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram spricht bei einer **Podiumsdiskussion** aus Anlass des **200jährigen Geburtstages von Johann Hinrich Wichern.**

Freitag, den 18.04.2008

- 09:30** Bundesrat, Leipziger Str. 3-4, 10117 Berlin
Staatsrat Dr. Detlef Gottschalck nimmt teil an der **E-Government-Tagung der Verwaltungshochschule Speyer „Dialog zum Thema Prozess- und serviceorientierte Verwaltung“.**
- 11:00** Messehallen, Hamburg
Senator Carsten Lüdemann hält ein Grußwort anlässlich der **Europameisterschaft der Hufschmiede.**
- 13:00** Haus der Jugend Steilshoop, Gropiusring 43, 22309 Hamburg
Staatsrat Andreas Ernst nimmt teil an der **Einweihung des neu gestalteten Internet-Treff Steilshoop.**
- 17:00** Rathaus, Kleines Zimmer
Staatsrat Reinhard Stuth empfängt den **geschäftsführenden Direktor des Aspen Instituts Berlin, Charles King Mallory.**
- 19:30** Warburg-Haus, Heilwigstraße 116
Staatsrat Dr. Roland Salchow verleiht die **Martin-Warnke-Medaille an Christoph Asendorf.**

Samstag, den 19.04.2008

- 11:00** Basel
Senator Axel Gedaschko spricht anlässlich der **Vernissage zur Ausstellung „IBA meets IBA“.**

Sonntag, den 20.04.2008

- 19:00** Friedrich-Schütter-Platz, Ernst-Deutsch-Theater
Staatsrat Dr. Detlef Gottschalck besucht die **Aufführung „Herrenbesuch“.**